Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. Wilh. Scheller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, William Wilkens. — Gießen: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — Minden: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 3. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Etrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 481. [33. Jahrgang.] **Berlin, Freitag den 13. Oktober 1893. Morgens.** **[33. Jahrgang.] Nr. 481.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen sämmtliche **Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen** für **8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 19, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung; unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.

Telegraphische Korrespondenz.

(Wolff's Bureau.)

München, Donnerstag 12. Oktober. Die Kammer der Abgeordneten lehnte den sozialistischen Antrag auf Reform des Wahlgesetzes ab, desgleichen den freisinnigen Reformantrag.

Pest, Donnerstag 12. Oktober. Im Abgeordnetenhause erörterte der Justizminister von Szilagni den Charakter des Ausgleichsgesetzes und erklärte dabei, die Antwort des Kaisers habe nicht bezweckt, den politischen Charakter der Ausgleichsbasis zu beeinträchtigen. Die Antwort, welche darauf verwies, daß eine Erschütterung dieser Basis nicht in dem Interesse des Landes und der Monarchie liege, sei nur der Ausfluß der reinsten, konstitutionellen und pflichtbewußten Erfüllung des höheren Berufes des Monarchen. Die Krone könne nicht zweierlei Willen haben, einen offiziellen, mit dem sie dem Ministerium zuneige, und einen anderen, mit dem sie der Majorität schmeichele. Diese Erklärung wurde mit demonstrativem Beifall aufgenommen, der Minister von vielen Seiten beglückwünscht. Die Abstimmung erfolgt morgen.

Paris, Donnerstag 12. Oktober. Das heute ausgegebene Bulletin über das Befinden Mac Mahon's besagt: die leichte Besserung dauert fort; es besteht Hoffnung, das Leben des Kranken erhalten zu können.

Pisa, Donnerstag 12. Oktober. In der letzten Nacht platzte an der Porta Florentina eine Bombe, wodurch eine große Panik hervorgerufen wurde. Zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Menschenverluste sind nicht zu beklagen.

(Siehe auch Seite 3.)

Amtliche Nachrichten aus dem Reichs- und Staats-Anzeiger.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Geheimen Rechnungsrath Strach, Vorsteher des Zentralbureaus des Ministeriums für Handel und Gewerbe, den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,

dem evangelischen Schulrektor Walter zu Mühlhausen i. Th. den königlichen Kronenorden vierter Klasse,

dem emeritirten Lehrer, Kantor, Organisten und Küster Raßloff zu Naußlß im Kreise Weißensee den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern,

dem Altsitzer Johann Berzinski zu Potrempschen im Kreise Insterburg, früher Gutskämmerer zu Lugowen desselben Kreises, das Allgemeine Ehrenzeichen, sowie

dem Maschinenschlosser Theodor Sönder-gaard zu Ihehoe die Rettungsmedaille am Bande zu verleihen.

Deutsches Reich.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Reichs den bisherigen Vizekonsul Lütticke zum Konsul in Damaskus zu ernennen geruht.

Königreich Preußen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Kreis-Schulinspektor Schmidt in Karthaus bei seinem Ausscheiden aus dem Amt den Charakter als Schulrath mit dem Range eines Raths vierter Klasse beizulegen, sowie

der Wahl des Oberlehrers am Realgymnasium zu Düsseldorf, Professors Dr. Karl Jansen, zum Direktor des Realgymnasiums zu Münster die Allerhöchste Bestätigung zu ertheilen.

Außerhalb Oesterreichs dürfte bei nicht wenigen Zeitungslesern die telegraphisch übermittelte Nachricht einiges Erstaunen erregt haben, daß am Vorabend der Eröffnung des cisleithanischen Reichsraths nicht weniger als sechzehn in der Metropole abgehaltene sozialdemokratische Versammlungen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts aufgestellt haben. Man ist gewohnt, vorzugsweise nur die nationalen Kämpfe in Oesterreich aufmerksamer zu verfolgen und den Vorgängen auf dem Gebiet der sozialen Politik weniger Beachtung zu schenken. Die Wahlreformvorlage des Grafen Taaffe, welche ein nahezu allgemeines Wahlrecht gewährt, ist auch in Oesterreich für alle Parteien ohne Ausnahme eine Ueberraschung gewesen. Um übrigens bei Beurtheilung dieser Aktion der österreichischen Regierung sich von irrigen Vorstellungen, namentlich von falschen Analogieschlüssen, frei zu halten, ist es nothwendig, zunächst das gegenwärtig gültige parlamentarische Wahlsystem sich zu vergegenwärtigen. Das österreichische Abgeordnetenhaus besteht aus 353 Mitgliedern, welche proportionell auf die verschiedenen Länder Oesterreichs vertheilt sind und von vier Wählerkategorien, Kurien benannt, gewählt werden. Die Kurie des Großgrundbesitzes wählt, auf einer einzigen Liste, 85 Abgeordnete, die großen Städte, Märkte und Industriezentren 97, die Handels- und Industriekammern 21, die Landgemeinden, mittels indirekter Wahl, 150 Abgeordnete. Die städtischen, wie die ländlichen Wähler sind in Bezirke getheilt.

Als allgemeinstes Motiv für den regierungsseitig erfolgten Vorschlag zu einer einschneidenden Reform der Reichsraths-Wahlordnung wird von der Wiener „Presse" die Nothwendigkeit angegeben, das Ausmaß der politischen Rechte in eine halbwegs erträgliche Uebereinstimmung zu bringen mit dem Umfang der staatsbürgerlichen Pflichten.

Die vom Grafen Taaffe in Vorschlag gebrachte neue Wahlordnung rührt nicht an das die Zusammensetzung des Parlaments in Oesterreich bestimmende Prinzip der Interessenvertretung. Die vier Kurien bleiben, wie bisher, bestehen. Das Wahlrecht des Großgrundbesitzes und der Handels- und Gewerbekammern erleidet keine Veränderung. Dagegen soll Jeder, der die Staatsbürgerlichen Pflichten in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise erfüllt, zur Theilnahme am politischen Leben durch Ausübung des Wahlrechts herangezogen werden. Schon im Jahre 1882 ist ein bedeutsamer Schritt nach dieser Richtung hin gethan worden, indem der damalige Wahlzensus im Betrag von zehn Gulden direkter Steuer auf fünf Gulden herabgesetzt wurde. Die Bedingung einer direkten Steuerleistung wird künftig ganz wegfallen. Die einzigen Bedingungen, welche für die Theilnahme am parlamentarischen Wahlrecht noch gestellt werden, bestehen im Wesentlichen darin, daß die gesetzmäßige Erfüllung der Stellungspflicht, beziehungsweise die Ableistung der militairischen Dienstpflicht nachgewiesen wird, ferner die Kenntniß des Lesens und Schreibens in einer in Oesterreich landesüblichen Sprache, sodann ein mindestens halbjähriger Wohnsitz am Wahlorte und eine geregelte Beschäftigung. Ausgeschlossen sind also im Großen und Ganzen diejenigen, welche sich der Militairpflicht entzogen haben, welche in Folge gänzlichen Bildungsmangels politisch völlig unreif sind, ferner die fluktuirenden oder bei keiner stetigen produktiven Arbeit betheiligten Elemente der Bevölkerung.

Die gouvernementale Presse nimmt auch kritischen Bezug auf die von der deutschliberalen Partei gehegte Absicht, eine Erweiterung des Wahlrechtes in der Weise herbeizuführen, daß für die industrielle Arbeiterschaft in einer fünften Kurie eine besondere Vertretung geschaffen würde. Es lag — sagt die Wiener „Presse" — gar keine Veranlassung vor, ausschließlich die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft bei der Erweiterung des Wahlrechts zu berücksichtigen und jene zahlreichen Elemente, wie die landwirthschaftlichen Arbeiter und das kleinste Kleinbürgerthum, von der Urne fernzuhalten; noch weniger konnte die Regierung den Beruf in sich fühlen, der sozialdemokratischen Richtung eine Anzahl sicherer Mandate anzubieten durch die Konstituirung neuartiger Wahlkorporationen, welche zweifelsohne eine Domaine und ein Agitationsherd jener Partei geworden wären; am allerwenigsten aber war die Versuchung hierzu gegeben, nachdem die sozialistische Partei selbst in unzweideutigster Form diese privilegirte Stellung abgelehnt hatte."

Die „Berl. Pol. Nachr." schreiben:

Im Verlaufe des Monats Oktober werden die **kommissarischen Verhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den anderen Ressorts** zum Abschluß gelangen. Da die vorhandenen Deckungsmittel zur Bestreitung der angemeldeten Mehrausgaben weitaus nicht zureichen, wird eine Beschränkung auf das unbedingt Nothwendige eintreten müssen. Eine solche Einschränkung in Bezug auf nicht unbedingt nothwendige Ausgaben ist geboten, damit die Mittel zur Förderung wichtiger Kulturaufgaben des Staates nicht fehlen. Die kommissarischen Berathungen haben ihrer ganzen Natur nach einen mehr vorbereitenden Charakter. Eine Reihe wichtiger Berathungen bleiben dabei immer der Verständigung zwischen den betheiligten Ministern heim, der Beschlußfassung des Staatsministeriums vorbehalten, aber die kommissarischen Verhandlungen gewähren wenigstens die sicherere Unterlage für die Beurtheilung, in welchem Umfange die Finanzlage die Bewilligung der strittig gebliebenen Forderungen gestattet. Erfahrungsgemäß pflegt demzufolge sehr bald nach dem Abschluß jener Berathungen auch die endgültige Beschlußfassung über die noch offen gebliebenen Fragen zu erfolgen, so daß zweifelsohne die Schlußredaktion der Etats gleichzeitig für die Vorlegung unmittelbar bei der Eröffnung des Landtags erfolgt sein wird."

Verschiedentlich wird der Versuch gemacht, die Anschauung hervorzurufen, als hätte der Reichstag in der vorletzten Tagung beim Etat für 1893/94 keine derjenigen **Forderungen der Marineverwaltung** bewilligt, welche sich auf die Fortführung des in der Denkschrift zum Etat für 1889/90 aufgestellten Bauplanes bezogen. Demgegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß die Marineverwaltung insgesammt an Bauforderungen der genannten Art 14 in den Etatsentwurf eingestellt hatte. Davon wurden drei gestrichen und zwar die ersten Raten für den Bau zweier Panzerfahrzeuge und einer Kreuzerkorvette. Die übrigen 11 wurden bewilligt. 9 davon waren weitere bezw. Schlußbauraten, 2 stellten erste Raten dar und zwar bezogen sich die letzteren auf einen Kreuzer und einen Aviso. Es ist demnach, wie in jedem auf 1889/90 folgenden Jahre, so auch im Etat für 1893/94, der Flottenbauplan fortgeführt worden. Die Durchführung des letzteren hat also bisher eine Stockung nicht erfahren.

Wir konnten in Nr. 478 melden, daß die Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs eines **bürgerlichen Gesetzbuchs** mit Beginn dieser Woche ihre Arbeiten wieder aufgenommen habe. Sie wurde vor dem Eintritt in die materiellen Verhandlungen von dem neuen Staatssekretair des Reichsjustizamts, Nieberding, begrüßt, der sich dabei nicht nur über die künftige Gestaltung des Vorsitzes in der Kommission, sondern auch über die weitere Abwickelung des immer noch sehr beträchtlichen Arbeitspensums der Kommission des Näheren aussprach. Im Uebrigen bob der Staatssekretair die große Bedeutung hervor, die einem raschen Fortgange der Berathungen für das Gelingen des ganzen Werkes beiwohne, und betonte die Verantwortlichkeit der Kommission gegenüber der Frage, ob das deutsche Volk in absehbarer Zeit zu einem nationalen Gesetzbuch gelangen werde. Wie die „Köln. Ztg." hört, wird die Kommission demnächst die Berathungen über das Sachenrecht beenden und in die Berathungen über den dann noch übrigen Theil des Gesetzbuchs, das Familienrecht und weiterhin das Erbrecht, eintreten.

Aus **Südhannover** wird uns vom 11. Oktober geschrieben:

„Es giebt kaum einen Erwerbszweig, der sich so bequem und wohlgeeignet neben der ländlichen Thätigkeit der kleinen Besitzer und Arbeiter (Häuslinge rc.) auf dem platten Lande verwenden ließe, als die Hauswebere i. In richtigen Bahnen gefördert, vermag sie die Erwerbsthätigkeit auf dem Lande außerordentlich zu erhöhen und im Wechsel mit den landwirthschaftlichen Arbeiten aller Art — namentlich aber im Winter — eine gedeihliche Prosperität zu schaffen, welche den wirksamsten Damm gegen die verhängnißvolle Entvölkerung des platten Landes zu Gunsten der Städte darstellen würde. In dieser Erkenntniß ist das Bestreben des Landraths im Kreise Einbuhr anerkennens- und hoch beachtenswerth, der gegen mäßiges Honorar (nur 5 ℳ pro Halbjahr) einen Unterrichtskursus für ländliche Weber in der Musterweberei (Zacquard- und Drellweberei) in der vom Provinzialgewerbeverein in Einbuhr unterhaltenen Webeschule neuerdings wieder einrichten ließ. Die Stunden liegen an jedem Sonnabend Abend, und werden den entfernter wohnenden Kreiseingesessenen zur Erreichung des Unterrichts Freifahrten auf der Eisenbahn erwirkt; auch ist in Aussicht, die Anschaffung derartiger Webstühle zu erleichtern. Da die hergebrachte „glatte" Weberei durchaus unlohnend, wird die Förderung der Kenntniß der noch recht dankbaren Jacquardweberei reiche Früchte tragen."

Journal-Revue.

Dem von uns an dieser Stelle erwähnten Artikel der „National-Zeitung": Zerstörender „Konservatismus" tritt nun auch die „Kölnische Zeitung" entschieden entgegen. Indem sie schreibt: „Es scheint, als wenn das Blatt (die „Nat.-Ztg.") vom Grafen Eulenburg erwartete, daß er nunmehr mit strengen Disziplinarmaßregeln die baldigste Unterdrückung der politischen Opposition seiner frondirenden Landräthe und der höheren Beamten durchführe. Wir können nur lebhaft beklagen, daß eine solche Mahnung gerade von liberaler Seite ausgeht. Die Thatsache, daß eine Reihe höherer Regierungsbeamten in einer in der Geschichte des preußischen Beamtenthums allerdings unerhörten Weise die Politik der Regierung in der Oeffentlichkeit mit Nachdruck bekämpft und sich sogar nicht scheut, an der Seite solcher konservativen Parteiführer zu fechten, die ihre ganze politische Haltung von der Ablehnung des russischen Handelsvertrags abhängig machen wollen, ist zwar nicht zu leugnen. Aber gerade von liberaler Seite sollte man bei Erkennung dieser Thatsache um so fester an dem altbewährten Grundsatz festhalten, daß die gewaltsame Unterdrückung solcher krankhaften Richtungen, wie sie heute einen großen Theil der konservativen Partei und des aus ihr hervorgegangenen Theiles der Beamtenschaft beherrschen, nur vom Uebel sein kann. Offene Ausbrüche ist auch hier vorzuziehen, sie bringt das beste Heilmittel gegen alle derartigen bedauerlichen Ausschreitungen. Liberale Blätter aber sollten Alles verbüten, die jetzige Regierung dahin gegen konservative Beamte zu treiben, wo vor dreißig und mehr Jahren die Weisheit des reaktionairen Regiments ihre Triumphe über liberale Beamte feierte. Wenn Graf Eulenburg und seine Räthe meinitter mit ihm der Ueberzeugung sind, daß sie trotz der öffentlichen Bekämpfung ihrer Politik durch eine Anzahl ihnen untergebener Beamten die Ziele dieser ihrer Politik gleichwohl ungeschädet erreichen werden, so können wir diese Duldsamkeit und Verträglichkeit der hohen Vorgesetzten nur mit aufrichtiger Freude begrüßen. Diejenigen Landräthe, die in den Muth ihrer Ueberzeugung haben und in passender Form ihrer vorgesetzten Behörde Opposition rechtzeitig da machen, wo sie angebracht ist und ihren Zweck erfüllen kann, sind jedenfalls weit tüchtigere und brauchbarere Beamte, als diejenigen streblamen und freundlichen Jasager, an denen wir eine zeitlang recht großen Ueberfluß gehabt haben." — Andererseits giebt die „Kölnische Zeitung" ihrerseits dem Wunsche Ausdruck, daß Graf Eulenburg mit unnachsichtlicher Strenge endlich einmal mit einer großen Zahl höherer Beamten aufräume, die das preußische Beamtenthum nur noch als Altersversicherungs-Anstalt anzusehen schienen. Was in der preußischen Heeresverwaltung sich vor fünf Jahren als ein Gebot dringendster Nothwendigkeit herausgestellt habe und seitdem thatkräftig und zum großen Vortheil des Heeres glücklich durchgeführt worden, die Versüngung des Heeres, das sei nicht minder zutreffend für den Zivildienst, und das gelte nicht bloß für die eigentliche innere Verwaltung, sondern nahezu für alle Zweige der Verwaltung.

Das „Leipziger Tageblatt" bemerkt bezüglich der Aeußerungen des neuen Marineetats Folgendes: „Es wäre in hohem Grade wünschenswerth, wenn die Reichsregierung sich auf diesem Gebiet vorerst auf das unerläßlichste Maß, Fortführung der bereits begonnenen Schiffsbauten und Instandhaltung der vorhandenen Flotte, beschränkte. Im Reichstag ist nach der kostspieligen neuen Heeresreform wenigstens Neigung zu großen Aufwendungen für die Marine vorhanden; theuere Bewilligungen sind gänzlich ausgeschlossen und etwaige Forderungen für Schiffsbauzwecke in größerem Umfang könnten die Lösung der schwierigen Kostendeckungsfrage für das Heer nur noch mehr erschweren. Der Vorwurf der Gegner, daß man doch nur eine endlose Schaar Kanäle vor sich habe, ohne jemals zu einem befriedigenden Abschluß zu gelangen, würde nur neue Nahrung gewinnen. Der Reichstag hat schon im vorigen Etat die Mehrzahl der neuen Forderungen, ein Panzerschiff, zwei Panzerfahrzeuge, eine Kreuzerkorvette, einen Kreuzer, abgelehnt; der jetzige Reichstag wird ganz sicher nicht bewilligungslustiger sein. Man wird darum der Reichstagsmehrheit mit Recht nicht den Vorwurf feindseliger oder gleichgültiger Gesinnung gegen die Entwickelung unserer Marine machen dürfen. Aber zu den allgemeinen Gesichtspunkten der unerläßlichen Sparnitz und Beschränkung in einer Zeitlage, wo an unser Heerwesen so große neue Ansprüche gestellt werden, kommt

---

Feuilleton der Norddeutschen Allg. Zeitung.

21 Berlin, den 13. Oktober 1893.

Irrlichter.

Roman von Southworth.

[Nachdruck verboten.]

(Fortsetzung.)

15. Kapitel.

Seehof.

Aurelie hatte immer eine besondere Vorliebe für den kleinen Gutshof am Bodensee gehabt. In der Bauerhütte am Fuße des Felsens, auf dem sich die alte zinnengekrönte Burg erhob, kannte sie jeden Mann, jede Frau und jedes Kind, und alle waren ihr von Herzen zugethan, und erwiderten die liebevolle Fürsorge, welche die junge Gräfin ihnen widmete, mit treuer Anhänglichkeit.

Nicht freudigen Gemüthes wie sonst bezog sie das traulich Thurmzimmer, in welchem sie sich stets heimischer gefühlt hatte, als in den Prunkgemächern von Schloß Wallerstein.

„Hier werde ich Genesung und neuen Muth finden", seufzte sie, die weite Wasserfläche von ihrem Fenster aus überschauend.

Ihr Leben in Seehof war ein einfaches, natürliches und der Gesundheit sehr zuträgliches, von dem sie mit Recht eine Wiederherstellung des Körpers und der Seele erwartete.

Während der dritten Woche ihres Aufenthaltes in Seehof gesellte sich Baron von Wolkenfels und Ifidore dem kleinen Familienkreise zu.

Aurelie empfing ihre Freundin in tiefer Ergriffenheit und führte sie unverweilt in die für sie bestimmten Gemächer.

„Habt Ihr irgendwelche Kunde über Waldemar's Schicksal?" fragte sie ungeduldig, als sie sich mit Ifidore allein sah.

„Nicht die geringste, theure Aurelie", erwiderte Ifidore, „aber mein Onkel hält unerschütterlich an der Ueberzeugung fest, daß Waldemar das Opfer einer Täuschung ist. Er zweifelt nicht daran, früher oder später seine Spur zu entdecken, und durch eine Unterredung mit ihm jedes Mißverständniß aufzuklären."

„Das denke auch ich, Ifidore, und diese Hoffnung hält mich aufrecht. Ich habe noch keinen Augenblick den Glauben an Waldemar verloren. Mein Vertrauen zu ihm ist so festgewurzelt, daß kein Sturm ihm etwas anzuhaben vermag. Ich bin so froh, daß Ihr gekommen seid, und das Geheimniß der Flucht Waldemar's keine Entfremdung zwischen unseren Familien hervorgebracht hat."

Die beiden jungen Mädchen waren vollständig eines Sinnes, namentlich in allen Dingen, die sich auf Waldemar bezogen. Bei ihren Ausflügen ins Dorf war Aurelie fortan beständig von Ifidore begleitet, und die armen Bauernfamilien und die Fischersleute, denen ihre Besuche galten, verehrten Beide wie Heilige.

Eines Morgens kam der Briefträger mit einer größeren Anzahl von Briefen an. Auch für Aurelie wurde einer abgegeben. In der Aufschrift erkannte sie Adda's Hand, doch in ihrer Ungeduld zu erfahren, ob der Baron von Wolkenstein keine Nachricht von Waldemar erhalten hatte, steckte sie das Schreiben ungelesen in die Tasche.

Ifidore ließ die Freundin nicht lange in Ungewißheit.

„Eine Spur von Waldemar ist glücklich entdeckt, Aurelie", rief Ifidore. „Die Personen, welche in des Onkels Auftrag zu erforschen hatten, welchen Weg Waldemar genommen, berichteten soeben, daß er von einem Herrn, der auf der Fahrt nach New-York sein Reisegefährte war, bei der Landung in jener Stadt erkannt wurde. Dieser Herr, erst kürzlich aus Amerika zurückgekehrt, las die von des Onkels Vertrauensmann eingerückten Zeitungsaufrufe, und meldete sich bei demselben."

„Gott sei Dank, o, Gott sei Dank für diesen Hoffnungsschimmer", jubelte Aurelie, die Hände faltend.

„Onkel denkt nun, ihn sehr leicht auffinden zu können", fügte Ifidore hinzu.

„Ist mein Großpapa bereits unterrichtet?" erkundigte sich Aurelie.

„Onkel Hans ist in diesem Augenblick bei dem Herrn Grafen."

„Und was hat Dein Onkel zu thun beschlossen?"

„Waldemar ungesäumt zu folgen. Wir werden Dich deshalb noch heute verlassen, theure Aurelie. Onkel liebt es, schnell zu handeln, und führt mit eisernem Willen durch, was er sich vorgenommen. Ich darf ihn begleiten. In wenigen Wochen bringen wir Dir den Flüchtling zurück."

So schwer ihr die Trennung von der Freundin wurde, so widersprechbolos fügte sie sich derselben, war ihr damit doch die Hoffnung gesichert, Waldemar in nicht allzuferner Zeit wiedersehen.

In der Aufregung des Abschiedes von den Angehörigen Waldemar's vergaß sie des Briefes ganz, den sie in ihre Tasche geschoben hatte.

Nach der Abreise des Barons und seiner Nichte nahm die Erkrankung der alten Gräfin, die sich schon seitl einigen Tagen leidend fühlte, Aurelie's Aufmerksamkeit in Anspruch, so daß der Brief noch immer vergessen in der Tasche ruhte, wie ein Torpedo, der einer zufälligen Berührung harrt, um dann verderbenbringend zu bersten.

16. Kapitel.

Eine stürmische Unterredung.

Netta, des Pfarrers Stieftochter, war geduldig, sehr geduldig. Von Kindheit an war sie durch Kummer und Sorge zum Ertragen geschult worden.

Mit fünf Jahren hatte sie ihren geliebten Vater verloren, und ihn mit dem herben, wenn auch kurzlebigen Schmerz der Kindheit betrauert. Wenige Jahre später erlitt sie den schwersten Verlust ihres jungen Lebens. Die von ihr vergötterte Mutter sank ihr ins Grab, und ihr Schmerz grenzte an Verzweiflung. Kum hatte sie sich in ihr Schicksal gefunden, so verlor sie die liebliche junge Gefährtin, die ihr drei kurz Jahre schwesterliche Freundin, Lehrerin und Mutter gewesen war. Und auch um sie hatte sie getrauert, wie nur ein treues liebevolles Herz zu trauern vermag.

Aber niemals hatte sie sich selbstsüchtig von ihren Gefühlen beherrschen lassen.

Sie richtete sich aus ihrem Kummer auf, um den Hülflosen beizustehen. Ihrem verwittweten Stiefvater wurde sie eine umsichtige Haushälterin, den mutterlosen Kleinen eine zärtliche fürsorgliche Mutter.

So hatte Netta gelernt, den eigenen Kummer zu unterdrücken, sich selbst zu vergessen, und für Andere zu sorgen.

Als sie Adrian zum Altar folgte, glaubte sie nicht nur das eigene Herz von Sonnenschein und Glück erfüllt, sondern war überzeugt, auch er segne die Stunde, die ihn mit ihr vereinte.

Wie von Wolken zu lichteren Sphären emporgetragen, von stiller Seligkeit durchleuchtet, hatte sie des Pfarrers Abschiedsworten gelauscht. Von ihrer hohen Meinung über Adrian getäuscht, glaubte sie, er verzögere seine Abreise nach Flemmingsdorf in dem großmüthigen Verlangen, das Pfarrhaus während der Abwesenheit Dr. Stern's nicht ohne männlichen Beschützer zu lassen, und ihre liebende Verehrung für ihn steigerte sich noch.

Sie sollte nur zu bald und zu rauh aus ihrem Wahn gerissen werden.

Ihren Arm in den seinigen schiebend, bat sie Adrian, sie zu den Kindern zu begleiten.

„Dazu habe ich keine Zeit", erwiderte er kurz. „Gewähre mir eine Unterredung von einigen Minuten, damit ich Dir sage, was ich Dir nothwendigerweise sagen muß, und dann gehen kann."

„Du willst fort, Adrian?" fragte Netta betroffen.

„Ja, doch erst höre mein offenes und reumüthiges Geständniß."

Netta begann zu zittern. Die Ahnung schweren Unheils zog durch ihre Seele.

„Du weißt wohl, Netta", fuhr Adrian fort, „daß ich nicht Dich, sondern Deine Kousine liebe."

„Du liebst nicht mich, Du liebst Antonie?" stammelte Netta wie betäubt. „Aber, mein Gott, weshalb heiratetest Du denn mich, und nicht sie? Weshalb erbatest Du die Einwilligung Deiner Eltern zu unserer Verbindung? Weshalb?"

„Du fragst zu viel auf einmal, Netta. Gestatte mir, Dir ohne Unterbrechung Alles zu erklären. Ich hatte die Einwilligung meiner Eltern zur Verbindung mit Antonie von Lorin erbeten, und dabei natürlich nur an Deine Kousine gedacht, die bis vor Kurzem meine Werbung ermuthigte. Mein Vater war selbstverständlich sehr zufrieden, daß ich die reiche Erbin heirathe. Daß des Pfarrers Stieftochter genau denselben Namen führt, wie diese, war ihm natürlich unbekannt. Tausend und tausend für unträglich geltende Zeichen hatten mich berechtigt, an die Liebe Antonie's zu glauben. In dieser Zuversicht traf ich alle Vorkehrungen, sie bald die Meine nennen zu dürfen, doch plötzlich, ohne jeden erkennbaren Grund schien sie wie umgewandelt. Voll bitteren Hohns wies sie mich an Dich, der angeblich meine ersten Huldigungen gehört hatten. Sie ward mir vor, Dich nur so schnöde im Stich gelassen zu haben, um statt des bestjlosen Mädchens die reiche Erbin zu gewinnen. In meiner Gereiztheit, meinem empörten Stolz und von dem Wunsch getrieben, mich an Dir und ihr zu rächen, gab ich ihr mein Wort, Dich in kürzester Zeit zu heirathen."

„Um Dich an mir zu rächen, Adrian? Was hatte ich Dir gethan, diese Rache herauszufordern?" fragte Netta verwundert.

„Hast Du ihr in Deiner thörichten Einbildung nicht geflagt, daß ich Dir einst einige Artigkeiten gesagt, die Du unklugerweise für Liebesbetheuerungen nahmst?"

„Ich habe mich niemals in diesem Sinne zu Antonie geäußert", erwiderte Netta unwillig.

„Nun, gleichviel. Mir blieb nach Antonie's Beschuldigung keine andere Wahl, als Dich zu heirathen. Du gingst nur zu bereitwillig darauf ein, und Dein Stiefvater, der in Dir das Ideal weiblicher Vollkommenheit erblickt, fand es nur zu begreiflich, daß ich Dich Deiner Kousine vorzog. So wurdest Du meine Frau, doch jetzt, nachdem der verhängnißvolle Schritt gethan ist, erscheinen mir die Folgen meiner trotzigen Uebereilung zu schwer."

(Fortsetzung folgt.)